

SE: Staatszerfall, Parastaatlichkeit und Bandenkriege

Univ.-Prof. Dr. Eva Kreisky

Wintersemester 2003/04

Seminararbeit

Themenbereich 4: Theoriegeleitete exemplarische Area Studies II

Afrika/Kongo

Ituri – Analyse des Konfliktes und seiner Ursachen unter besonderer Berücksichtigung der ethnischen und ökonomischen Dimension

Wien, Mai 2004

Knab, Thomas (A 300 / 9406083)

Weinandy, Kirsten (A 300 / 0209989)

Inhaltsverzeichnis

1. Vorwort	4
2. Historischer Hintergrund	5
3. Lage in Ituri 2003	6
4. Erklärungsansätze	8
5. Akteure	9
5.1 Akteursebenen	9
5.2 Ethnien.....	9
5.3 Staaten.....	10
5.4 Andere Staaten als Akteure	12
5.5 Direkt am Konflikt beteiligte Parteien	13
5.6 Multinationale Akteure.....	17
6- Ökonomische Dimension des Konfliktes	20
6.1 Geographische Lage, Bodenschätze und Infrastruktur	20
6.2 Strategische Bedeutung der Bodenschätze im Zusammenhang mit .. den Konflikten	20
6.3 Ressourcen und Akteure.....	21
6.4 Kriminelle Aktionsfelder.....	22
7. Ethnische Dimension des Konfliktes	23
8. Zusammenfassende Analyse des Konfliktes in Bezug auf die Phänomenologie der neuen Kriege, des Staatszerfalls und der Parastaatlichkeit	25
9. Auswirkungen des Konflikts auf den Staatenbildungsprozess in der DRC	27
10. Offene Fragen	28
11. Ausblick	29

I. Abkürzungsverzeichnis	31
II. Karten	32
a) <i>Region der Grossen Seen</i>	32
b) <i>Provinz Ituri</i>	33
III. Tabellen.....	34
IV. Bibliographie.....	35

1. Vorwort

Der Staatenbildungsprozess in der Republik Kongo wird durch die Konflikte im Osten des Landes nachhaltig gehemmt. Trotzdem die Konfliktparteien verschiedener Abstammung und Herkunft sind, schon seit Jahrhunderten in Abhängigkeits- und Konfliktverhältnissen zueinander stehen und dies auch immer wieder für politische Zwecke instrumentalisiert wird, ist der Konflikt in der Provinz Ituri nur vordergründig ein ethnischer. Die wahren Hintergründe der andauernden Gewalteskalationen sind mittlerweile wirtschaftlicher und politischer Natur.

Im Folgenden sollen die einzelnen Akteure im Rahmen des Ituri-Konfliktes, ihre entsprechenden Motive und Rollen dargestellt und erklärt werden. In diesem Zusammenhang wird u.a. von folgenden Thesen ausgegangen:

- Lukrativität des Konfliktes für maßgebliche Akteure bei wirtschaftlicher Motivation;
- Vergleichsweise erhöhtes Exportaufkommens im Kongo oder in den Nachbarstaaten bei strategischer Bedeutung der Bodenschätze für Dauer und Intensität des Konfliktes;
- Profit krimineller Akteure aufgrund der Tatsache, dass die Demokratische Republik Kongo (DRC) trotz ihres Reichtums an Bodenschätzen und der entsprechenden Förderung zu den zehn ärmsten Staaten der Welt zählt;
- Politisierung und Instrumentalisierung des ethnischen Konfliktes durch die eigentlichen Protagonisten im Falle des Auftretens der verschiedenen Ethnien als vordergründige Akteure im Konflikt.

Im Rahmen dieser Seminararbeit kann nur ein Überblick gegeben werden, wobei versucht wird, alle Dimensionen zumindest anzusprechen.

2. Historischer Hintergrund

Der Ausgangspunkt für den heutigen Konflikt in der Ituri-Region liegt im August 1998, als Ruanda und Uganda gemeinsam die DRC angriffen, um ihren früheren Verbündeten und von ihnen eingesetzten Präsidenten, den ehemaligen Rebellenführer Laurent-Desirée Kabila zu entmachten. Die Verbündeten gründeten und installierten zu diesem Zweck die politische Organisation Rassemblement Congolais pour la Démocratie (RCD) im Osten der DRC. Ruanda griff im September 1998 sogar Kinshasa an, wurde aber von angolanischen und simbabwischen Truppen, die unter Hoheit der SADC (Southern Africa Development Community) kämpften, zurückgeschlagen. Die ruandischen Streitkräfte (RPA - Rwandan Patriotic Army) musste sich aus dem Westen des Landes zurückziehen, konnte aber ihren Gebietsanspruch im Osten der DRC bewahren. Im November 1998 wurde die von Uganda unterstützte MLC (Mouvement pour la libération du Congo) unter Jean-Pierre Bemba gegründet. Dies zeigte bereits den Bruch zwischen den früheren Verbündeten Uganda und Ruanda auf. Die MLC besetzte große Gebiete im Nord- und Zentralkongo. Damit war das Land in drei feindliche Teile geteilt.

Nach langwierigen Verhandlungen wurde im Juli 1999 ein Friedensvertrag in Lusaka (Sambia) unterzeichnet, in dem der Abzug aller fremden Kräfte und ein innerkongolesischer Dialog vereinbart wurden. Dies sollte zu einer Übergangsregierung und Mehrparteienwahlen führen. Angola und Simbabwe weigerten sich, ihre Kräfte zurückzuziehen bevor dies Uganda und Ruanda nicht auch getan hätten. Ruanda seinerseits wollte sich nicht zurückziehen bis die Frage der „negativen“ Kräfte (Interahamwe und ex-FAR bzw. ugandische Rebellen gemäß Lusaka-Agreement) nicht geklärt war. Diese sollten von der neu gebildeten UN-Truppe MONUC entwaffnet werden. Mittlerweile verschlechterte sich die zwischenstaatliche Beziehung von Uganda und Ruanda, und deren Truppen kämpften gegeneinander in Kisangani (Hauptstadt der Provinz Orientale), wobei abwechselnd die Stadt eingenommen wurde.

Im Jänner 2001 wurde L.D. Kabila von einem Leibwächter erschossen und einer seiner Söhne, Joseph Kabila, wurde Präsident. Dieser widmete sich dem Friedensprozess konstruktiver als sein Vater. MONUC konnte seine Dislozierung vorantreiben und im November 2001 mit dem DDRRR-Prozess (Disarmament, Demobilization, Repatriation, Reintegration and Resettlement) beginnen.

Ab Februar 2002 wurde in Sun City (Südafrika) ein Machtteilungsvertrag zwischen der Regierung und der MLC vereinbart. Die RCD war allerdings ausgeschlossen. Wegen Meinungsverschiedenheiten zwischen Bemba und Kabila wurde dieser Vertrag aber nicht umgesetzt.

Am 30. Juli 2002 unterzeichneten Kabila und der ruandische Präsident Paul Kagame ein bilaterales Abkommen, wonach die RPA sich binnen 90 Tagen aus der DRC zurückziehen würde. Im Gegenzug verpflichtete sich die DRC ihre Anstrengungen gegen die ex-FAR und Interahamwe zu erhöhen. Dieser Vertrag wurde eingehalten. Daraufhin zog sich bis Ende 2002 zumindest offiziell auch der Grossteil der angolanischen, simbabwischen und ugandischen Truppen zurück.

3. Lage in Ituri 2003

Einige ugandische Truppen blieben auf Bitte von MONUC vor allem in der Provinz Ituri noch im Land. Die UPDF-Kräfte (Ugandan People's Defence Forces) dann im März/April 2003 von einem uruguayischen Bataillon von MONUC in Bunia (Provinz Ituri) abgelöst wurden, eskalierte die Situation. Nach dem Abzug der Ugander wurden vor den Augen der überforderten Peacekeeper hunderte Menschen ermordet und ca. 80% der Bevölkerung aus der Stadt vertrieben. Die UN-Soldaten haben gegen die Massaker nichts unternommen, da nach ihrer Perzeption ihr Mandat (Chapter VI nach der Charta der Vereinten Nationen) nicht ausreichend war um einzuschreiten. Dies erscheint umso trauriger, da schon einmal ein Massaker durch eingesetzte Friedenstruppen in der jüngeren Vergangenheit nicht verhindert wurde (Srebrenica). In Hinblick auf einen möglichen Völkermord reagierte der UN-Sicherheitsrat diesmal jedoch schnell. UN-Generalsekretär Kofi Annan ersuchte Frankreich eine Interimstruppe in Bunia

einzusetzen, bis die UNO ihre Truppen in der Region verstärken konnte. Frankreich spielte den Ball an die EU weiter und diese nahm die Herausforderung an. So wurde der erste ESVP-Einsatz der EU außerhalb Europas Wirklichkeit. Das UN-Mandat wurde mit Resolution 1484 (2003) am 30. Mai 2003 erteilt. Es war dies allerdings unter Chapter VII verankert, was bedeutet, dass alle notwendigen Mittel zur Durchsetzung des Auftrages ergriffen werden können. Unter Führung der EU mit Frankreich als Leadnation verlegten europäische Soldaten in die Ost-DRC um für Frieden zu sorgen. Die ersten Kräfte trafen am 6. Juni 2003 in Bunia ein. Durch restriktives Vorgehen gegen alle Rebellengruppierungen und die volle und uneingeschränkte Unterstützung des Friedensprozesses und von MONUC konnte ein durchschlagender Erfolg erzielt werden. Viele Einwohner kehrten nach Bunia zurück und bezogen wieder ihre Häuser. Die Situation in der Stadt wurde beruhigt und es kam nicht mehr zu ethnisch motivierten Übergriffen. Die übliche Kriminalität fand, unter Ausnutzung der Situation, trotzdem weiter statt. Hauptproblematik waren die nicht vorhandenen staatlichen Strukturen wie Polizei und Gerichtsbarkeit. D.h. selbst wenn ein Verbrecher gestellt wurde, konnte er keiner Strafe zugeführt werden, da weder die IEMF noch MONUC über entsprechende Vollmachten verfügten. Nach einem knapp dreimonatigen äußerst erfolgreichen Einsatz wurde am 1. September 2003 die Verantwortung für Bunia und die Provinz wieder zurück an eine um 4.500 Mann verstärkte MONUC ebenfalls unter Chapter VII übergeben. Diese so genannte Ituri-Brigade hat den Auftrag die gesamte Provinz zu überwachen. Sie versucht dies auch mit allen Kräften, allerdings ist sie aufgrund der Größe des Gebietes und der zu geringen Kräfte nicht immer dazu in der Lage. Seit dem Abzug der IEMF hat es zahlreiche Gefechte zwischen der Brigade und den Rebellengruppen gegeben, wobei Verluste auf beiden Seiten auftraten. Jedenfalls scheint es heute so, als würden die Vereinten Nationen endlich auch den Willen beweisen, in einem Konflikt eine vertraglich abgesicherte Entscheidung notfalls mit Waffengewalt durchsetzen zu wollen.

4. Erklärungsansätze

„...the war in Congo carries elements of civil war, organized crime as well as an invasion of standing armies of third states“ (Vlassenroot/Raeymaekers, 1).

Laut Vlassenroot/Raeymaekers existieren im Wesentlichen drei Erklärungsansätze für den Ituri-Konflikt (vgl. Vlassenroot/Raeymaekers, 1ff): er wird entweder als Ergebnis ethnischer Ressentiments zwischen Hema und Lendu, als Form neuer Barbarei oder als Ergebnis privater ökonomischer Interessen interpretiert. Die Feindschaft der beiden Ethnien besteht tatsächlich, lässt aber als alleinige Ursache des Konfliktes sozio-politische und ökonomische Faktoren außer acht. Der Konflikt als Form der „neuen Barbarei“, eine These, die beispielsweise von R.D. Kaplan und P. Collier vertreten wird, vereinfacht nicht nur, sondern liefert lt. Vlassenroot/Raeymaekers auch Argumente für eine Politik der Isolation. Zudem erscheint die letztgenannte These als eine neue Form unterschwelliger westlicher Arroganz. Die „Gier“ der Akteure als treibende Kraft des Konfliktes zu bewerten, scheint insbesondere im Licht der aktuellen Diskussionen über Kriegsökonomien plausibel, wirkt aber als alleinige Begründung ebenfalls gewagt.

Im folgenden soll versucht werden, eine komplexere Form der Erklärung für die extremen Auswüchse von Gewalt im Nordosten der Demokratischen Republik Kongo zu finden, indem alle beteiligten Akteure, die am Fortbestand des Konfliktes interessiert sind, benannt, charakterisiert und hinsichtlich ihrer diesbezüglichen Motive analysiert werden. Zudem sollen Rahmenbedingungen, wie der Reichtum an Bodenschätzen und die Infrastruktur der Region ebenso in die Analyse einbezogen werden wie die Geschichte der beteiligten Ethnien und der Politik im Gebiet, sofern ein Einfluss auf die aktuellen Ereignisse vermutet werden kann.

5. Akteure

5.1 Akteursebenen

Im Rahmen des Ituri-Konfliktes sind eine Vielzahl von Akteuren vertreten, die teils ähnliche, teils gegensätzliche Interessen haben und vielfach wechselnde Allianzen eingehen. Zunächst stellt sich deshalb die Frage nach einer möglichen Einteilung der Akteure. Grundsätzlich kann gesagt werden, dass es verschiedene Aktionsebenen gibt: eine lokale, eine regionale, die nationale und die internationale. *„Nirgendwo sonst in Zentralafrika haben sich lokale, nationale und regionale Konfliktdimensionen zu einem dichteren Netz konkurrierender Interessen verwoben...“*(Tull 2003b, 795). Hier sind Akteure aus allen drei Sphären vertreten: aus Politik, der Gesellschaft und aus der Ökonomie. Um eine Analyse des Konfliktes sinnvoll zu gestalten, sollten die Akteure jedoch nach ihrer Funktion und ihrem direkten und indirekten Einflusspotenzial auf den Verlauf des Konfliktes bzw. auf die Gestaltung der staatlichen Sphären im Gebiet des Konfliktes genannt und beurteilt werden.

5.2 Ethnien

Demnach sind zunächst die direkt an der Ausführung der Kämpfe und Ausschreitungen beteiligten Akteure zu nennen: die Ethnien, in der Region Ituri im Wesentlichen die beiden Volksgruppen der Hema und Lendu – zu gleichen Teilen Ziel und ausführende Organe des Hasses und der Gewalt. Die Hema können als Teil der lokalen Elite bezeichnet werden, da sie, bedingt durch die belgische Kolonialherrschaft bis heute den Großteil der Ländereien besitzen und eine Vielzahl politischer Ämter innehaben (zur ethnischen Dimension des Konfliktes s.u.).

5.3 Staaten

„Die eigentlichen Protagonisten dieses Konfliktes sitzen nicht in Bunia, sondern in Kinshasa (Anm.: DRC), Kigali (Anm.: Ruanda) und Kampala (Anm.: Uganda)...“
(Tull 2003b, 796).

Demokratische Republik Kongo

Die Provinz Kibali-Ituri, die sich in der Provinz Orientale auf dem Staatsgebiet der DRC befindet, wurde 1999 mit Bestimmung der ersten Statthalterin, der Kongolesin Adele Lotsove (und seither auch aller ihrer Nachfolger) durch Uganda illegal gegründet (vgl. HRW: chapter III, Ugandan Manipulation of Local Politics).

Die Regierung der Demokratischen Republik Kongo (DRC) war bisher nicht direkt am Konflikt in der Region Ituri beteiligt und ist als Akteur grundsätzlich an nationalpolitischer Macht, an der Befriedung des Staatgebietes und der Wiederherstellung des staatlichen Gewaltmonopols im gesamten Staatsgebiet interessiert. Seit dem Lusaka-Agreement im Juli 1999 und der Übernahme der Regierung durch Joseph Kabila im Januar 2001 sind die Konfliktparteien allerdings in Form der wichtigsten Rebellen- und Milizengruppen im Rahmen des innerkongolesischen Dialogs Teil dieser (Übergangs-)Regierung. Fraglich ist, ob deren Interessen mit denen der „Kernregierung“ übereinstimmen, da eine Wiederherstellung des staatlichen Gewaltmonopols in den Nord-Ost-Regionen des Kongo zwangsläufig einen Machtverlust und damit auch finanzielle Einbußen für die lokalen Milizen und ihre jeweiligen Unterstützer bedeuten würde.

Der Versuch der Regierung, nach dem Sun-City-Abkommen Februar 2002 verstärkt an politischem Einfluss in der Ituri-Region zu gewinnen, war lt. HRW in Ermangelung glaubwürdiger Strategien und der nicht vorhandenen Möglichkeit der Machtprojektion wenig erfolgreich.

Es stellt sich jedoch die Frage nach weiteren am Ituri-Konflikt direkt beteiligten Staaten. Hier sind zunächst die angrenzenden afrikanischen Staaten zu nennen,

insbesondere Uganda, aber auch Ruanda. Uganda und Ruanda können als Katalysatoren des Konfliktes bezeichnet werden.

Uganda und Ruanda

Human Rights Watch spricht in dem Bericht „Ituri – covered in blood“ davon, dass der ethnische Konflikt insbesondere von ugandischen Akteuren verschärft wurde – nicht zuletzt dadurch, dass sie Waffen zur Verfügung stellten und kongolesische Soldaten ausbildeten. “During its occupation, Ugandan soldiers provided arms and military training to different ethnic groups, fostering the spread of an initially limited dispute between Hema and Lendu over land...” (HRW 2003). Aber auch Ruanda stellte nachweislich Waffen und Munition zur Verfügung (obwohl sich Ruanda aus politischen und ökonomischen Gründen mehr auf die südliche von Ituri liegenden Kivu-Provinzen konzentriert).

Diese Schaffung von Abhängigkeiten brachte einerseits die Möglichkeit, den Konflikt zumindest dahingehend zu steuern, dass Einfluss auf lokale Gruppierungen, die bestehenden Konfliktlinien zwischen den Ethnien und damit eine gewisse Dauer des Konfliktes gewährleistet war (Beispiel: Mit der Bestimmung der Kongolesin Adele Lotsove als erste Statthalterin der Provinz (s.o.) konnte der ethnische Diskurs „Ituri für Iturianer“ forciert werden, der Basis für die Botschaft ethnischen Hasses war und einen Höhepunkt im August 2002 unter Thomas Lubanga erreichte; vgl. Vlassenroet/Raeymakers: S. 17). Zudem waren lokale warlords aufgrund der gewährten Unterstützung in der Lage, immer neue Splittergruppen zu bilden, Allianzen zu wechseln und damit die Dynamik des Konfliktes erheblich mitzubestimmen. Andererseits waren durch diese Präsenz in der Region auch finanzielle Gewinne durch Ausbeutung der Bodenschätze gesichert.

Um ihren Einfluss geltend zu machen nutzte Uganda insbesondere die eigene staatliche Armee (UPDF) und die Allianzen mit der UPC, Ruanda die RCD-Goma, seit 2002 aber auch die UPC, jeweils mit dem Argument, die Region vor ungerechtfertigter Einmischung des jeweils anderen Staates in die Konflikte zu schützen und der Unterdrückung der Minderheiten ein Ende bereiten zu wollen.

Beide Staaten sind aber auch als Transitländer bzw. (Re-)Exportländer für Rohstoffe aus der DRC von Bedeutung und damit auch als Akteure im Rahmen der ökonomischen Dimension des Konfliktes.

5.4 Andere Staaten als Akteure

Auch zahlreiche andere, westliche wie asiatische Staaten können im beschriebenen Konflikt als Akteure identifiziert werden.

Hier sind sowohl passive als auch aktive Formen der Beteiligung fest zu stellen, wobei beispielsweise fehlende gesetzliche Bestimmungen über den Handel mit Rohstoffen, die nachweislich aus Konfliktgebieten stammen, als passive Beteiligung zu werten wären, Waffenlieferungen beispielsweise als aktive.

Folglich sind sowohl Transit- als auch Abnehmerstaaten der nicht zertifizierten Bau- und Tropenhölzer (z.B. Kenia, Griechenland, Belgien) ebenso beteiligt wie Staaten, die den Handel mit Rohstoffen wie Gold, Diamanten und Columban-Tantalit (Coltan) aus der Ituri-Region bzw. der DRC erlauben (z.B. Belgien, Niederlande, Südafrika) oder sogar fördern (Deutschland) (vgl. UN, Nr. 84, 186., 191.-194.).

Chinesische und osteuropäische Firmen, aber auch die VR Korea, Angola und Namibia zeichnen sich für Lieferungen von Truppenausrüstung verantwortlich, die vielfach gegen Konzessionen (z.B. Schürfrechte in Goldminen oder Uranminen) erfolgten (vgl. UN 2001, Nr. 164 ff).

Aber auch Entwicklungshilfe kann als Beitrag zu den Konflikten gewertet werden. Da die finanzielle Unterstützung den am Konflikt beteiligten Staaten (durch UK, Dänemark, Deutschland oder die USA) die Deckung des Sozial- oder Bildungsbudgets erlaubt (vgl. UN, Nr. 185), können andere Gelder in die Verteidigung investiert werden, ohne dass ein Verstoß gegen Auflagen im Rahmen von Strukturanpassungsprogrammen vorliegen würde.

5.5 Direkt am Konflikt beteiligte Parteien

Milizen

Die Koalitionen im Konflikt wechseln laufend. Der Hintergrund hierfür ist einerseits in den wirtschaftlichen Interessen der Unterstützer zu suchen, andererseits aber auch bei den Rebellengruppierungen, die neben wirtschaftlichen auch politische Interessen haben und meist von diesen geleitet werden. Zahlreiche Teilungen von Gruppierungen tragen auch nicht zur Übersichtlichkeit bei. Primär muss zwischen den beteiligten staatlichen Streitkräften und den verschiedenen Rebellorganisationen unterschieden werden. Nach dem Abzug der UPDF im April 2003 standen einander nur mehr Stellvertretertruppen bzw. im eigenen Interesse agierende Rebellengruppen gegenüber.

Die folgende Beschreibung spiegelt die Lage im Sommer 2003 wieder. Die Hauptrebellengruppen in Ituri stellten sich wie folgt dar:

- **Union des Patriotes Congolais (UPC)**

Gegründet im April 2002 und unter Führung von Thomas Lubanga, einem ehemaligen Rechtsanwalt. Hatte bereits im August 2002 mit ugandischer Unterstützung Bunia von der RCD-ML übernommen. Die UPC besteht größtenteils aus Hemas und hat bis zu 60% Kindersoldaten in ihren Reihen. Obwohl die UPC von Uganda unterstützt wurde fand ein kurzfristiger Koalitionswechsel hin zu Ruanda statt.

- **Parti pour l'unité et la sauvegarde de l'intégrité du Congo (PUSIC)**

Eine Splitterfraktion der UPC unter Chief Kahwa, die hauptsächlich aus südlichen Hema besteht. Treu zu Uganda und weiterhin mit Waffen unterstützt. Ihr Einflussgebiet liegt vor allem um Kasenyi am Lake Albert.

- **Front révolutionnaire pour l'Ituri (FPRI)**

Eine Lendu Miliz unter der Führung von Mathieu Ngdjolo. Die Hauptoppositionsgruppe zur UPC. Verbündet mit den

- **Forces nationalistes et integrationistes (FNI)**

Ebenfalls eine Lendu-Miliz unter Njabu Ngabo.

- **Congolese Rally for Democracy – ML (RCD-ML)**

Die RCD-ML wurde in Beni unter dem Kommando von Mbusa Nyamwisi gegründet. Ihre militärischen Kräfte wurden aus lokalen Stämmen rekrutiert, die dann wieder von der UPDF ausgebildet wurden. Die RCD-ML war ursprünglich als ugandische Stellvertretertruppe eingesetzt, wechselte aber dann auf die Seite der kongolesischen Regierung.

- **Congolese Rally for Democracy – National (RCD-N).**

Hierbei handelt es sich um eine kleine Splittergruppe der RCD die von Roger Lumbala geführt wurde.

- **Force Armées Populaires du Congo (FAPC)**

Eigentlich keine Miliz, sondern die Stellvertretertruppe der Regierung in Kinshasa. Aufgrund der nicht vorhandenen Befehlsstrukturen, mangelhafter Ausrüstung und der rechtlich nicht anerkannten Stellung als Vertreter der Regierung aber genauso unberechenbar wie die anderen Milizen. Es gab häufig Desertionen zu anderen Rebellenorganisationen.

- **Front pour l'intégrité de la province de l' Ituri (FIPI)**

Die FIPI ist eigentlich eine politische Organisation und wurde am 14. Februar 2003 in Uganda gegründet, um die Einheit der "Provinz" Ituri zu gewährleisten. (Der Provinzstatus wurde Ituri durch Uganda gewährt; nach kongolesischem Recht ist die Region Ituri Teil der Provinz Orientale), Die FIPI wird von Chief Kahwa Mondro

Panga (einem Bahemu Banywagi Häuptling) geleitet und vereint Hema, Lendu und verschiedene Milizen, die mit Uganda verbündet sind.

- **People's Redemption Army**

Eine ugandische Dissidentengruppe die vom ehemaligen UPDF-Oberst Eddison Muzoora geführt wird. Sie nutzt Ituri als Rückzugsgebiet und wird sowohl von der UPC als auch den Lendu von Kpawdroma unterstützt. Pikant erscheint in diesem Zusammenhang, dass die Unterstützung seitens der UPC vornehmlich mit Waffen erfolgt, die sie ihrerseits von Uganda erhält.

Darüber hinaus unterstützen noch die zwei wichtigsten gesamtkongolesischen Rebellengruppen (Rassemblement Congolais pour la Démocratie (RCD-Goma), Ruanda-nahe und Mouvement de Libération du Congo (MLC) – Uganda) verschiedene Gruppierungen in Ituri. Während die RCD-G immer nur indirekten Einfluss auf die Geschehnisse genommen hat, war Jean-Pierre Bemba und seine MLC direkt in die Geschehnisse involviert. In Allianz mit der RCD-N versuchte die MLC gegen Ende 2002 die Provinz unter Ihre Kontrolle zu bringen. Dies konnte von MONUC und nicht unwesentlich von der RCD-ML verhindert werden. Anzumerken ist, dass die Kommandanten der RCD-G und der MLC heute Vizepräsidenten der DRC sind.

Weiters werden die Regionen Ituri und Kivu auch als Rückzugsgebiet von ugandischen und ruandischen Rebellenorganisationen genützt (z.B. die ugandische Allied Democratic Force (ADF) und die People's Redemption Army (PRA) bzw. die ruandischen Interahamwe-Milizen. Dies dient vor allem den beiden östlichen Nachbarstaaten als Rechtfertigung für Einsätze ihrer Streitkräfte in der Region aus so genannten Sicherheitsgründen. Das dies allerdings nur als Vorwand zur Bereicherung dient wird noch dargestellt werden.

Einzelakteure

Obwohl nicht nachvollziehbar ist, dass die ugandische Regierung aktiv an der Ausbeutung von Ressourcen in der DRC beteiligt ist, liegt die Vermutung nahe,

dass zumindest auf informeller Ebene Einvernehmen darüber besteht. Allgemein bekannt ist jedoch, dass hohe Offiziere der UPDF involviert sind. Unterstützt wurden ugandische Offiziere dabei durch die von ihnen eingesetzten Gouverneure Ituris wie z.B. Jean-Pierre Bemba, Roger Lumbala oder Mbusa Nyamwisi. Präsident Yoweri Museveni, der international als eine der beständigsten und vertrauenswürdigsten Akteure in der Region gesehen wird, war lt. UN-Bericht vermutlich über die Vorgänge informiert. Als Beispiel ist sein Stiefbruder General Salim Saleh zu sehen, der mit tatkräftiger Unterstützung der MLC Diamantminen in Ituri ausgebeutet hat. Ob ihm das gleiche Schicksal widerfahren wird wie General James Kazini, dem ehemaligen Generalstabschef der UPDF, ist ungewiss (Kazini wurde 2003 wegen seiner Beteiligung an illegaler Ausbeutung und persönlicher Bereicherung entlassen. Vgl. BBC NEWS Africa vom 06. Juni 2003). Fest steht jedenfalls, dass Saleh nach der Bildung der Übergangsregierung sofort nach Kinshasa gereist ist, um sich die von ihm ausverhandelten Provisionen für die Erdölförderung im Lake Albert durch die kanadische Ölfirma Heritage durch Präsident Kabila bestätigen zu lassen (Vgl. ICG-Report Nr.64).

Im Falle von Ruanda ist vor allem die Person von James Kabarebe, dem ruandischen Generalstabschef, zu nennen. Ruanda hat selbst nach dem offiziellen Abzug im Oktober 2002 einige Soldaten zurückgelassen, die den "Congo desk of the RPA" führen. Bei diesem handelt es sich um eine organisierte Ausbeutung die dem offiziellen Budget der ruandischen Streitkräfte zufließt. Nach Angaben der UN-Expertenrunde zur Überwachung der illegalen Ausbeutung in der DRC hat dieses Unternehmen 1999 320 Millionen US-Dollar oder 80 % (!) des ruandischen Militärbudgets beigetragen. Während dies 1999 noch als Wiedergutmachung für entstandene Kriegskosten gesehen werden kann, fällt diese Erklärung jedoch spätestens mit Abschluss des Lusaka-Agreements weg und ist somit als illegale Bereicherung zu bezeichnen.

Weitere Personen die im Zusammenhang genannt werden sind der frühere Minister Katumba Mwanke und der simbabwische Parlamentssprecher Emmerson Mnangagwa.

Behörden

Auch Behörden sind auf unterschiedlichen Ebenen und in unterschiedlichem Maße am Konflikt und den damit mittelbar und unmittelbar zusammenhängenden Aktionen beteiligt. Dies wird insbesondere bei Betrachtung der Handelswege deutlich.

Zunächst sind vor Ort gewisse administrative Strukturen vonnöten, die beispielsweise Konzessionsvergaben veranlassen und die Nutzung der Rechte überwachen. Vielfach werden hier Statthalter eingesetzt, die oft kongolesischer Herkunft sind, jedoch mittels Aussicht auf persönliche Gewinnbeteiligung – zwecks Kapitalsammlung und –transfer instrumentalisiert – mit den Nachbarstaaten kooperieren. Im UN-Bericht werden hier Adele Lotsove oder Gertrude Kitembo beispielhaft angeführt (UN, Nr. 71.).

Auch Zollbehörden sind beteiligt, da nachweislich an bestimmten Flughäfen und sonstigen Grenzübergängen trotz Einnahmeverlusten für die entsprechenden Behörden keine Zollkontrollen von Im- oder Exporten stattfinden (vgl. UN, Nr. 73.), was wiederum die Gewinnspanne für die exportierten Waren erhöht und gleichzeitig den Import verbotener Waren (wie Drogen oder Waffen) überhaupt erst ermöglicht.

Auch Strafverfolgungsbehörden, die ihrem gesetzlichen Auftrag nicht Folge leisten, indem sie von der Strafverfolgung absehen, sind in diesem Zusammenhang als Akteure zu klassifizieren, da auch sie damit zu Garanten reibungsloser Abläufe krimineller Aktionen werden.

5.6 Multinationale Akteure

Weltbank, IWF

Im Rahmen des UN-Berichtes werden auch Weltbank und IWF als indirekt beteiligte Akteure im Rahmen des Ituri-Konfliktes benannt und kritisiert (UN, Nr. 187.-190.). Demnach hat die Weltbank Uganda als Paradebeispiel für die erfolgreiche Strategie ihrer Strukturanpassungsprogramme gerühmt, wissend, dass der wirtschaftliche Aufschwung bestimmten (Re-)Exporten zuzurechnen war, die nicht aus eigenen Rohstoffquellen stammen konnten. Die sich daraus

ergebende erhöhte Kreditwürdigkeit Ugandas einerseits und die verstärkten Investitionen ausländischer Konzerne andererseits erlaubten weitere staatliche Investitionen in die Sicherheit und folglich eine absolute Erhöhung des Verteidigungsbudgets – eine weitere Schleife in der Spirale der Kontinuität des Konfliktes.

Der Vorwurf der Experten lautet dahingehend, dass Uganda und Ruanda „nicht nur [zu ihrer Vorgehensweise] ermuntert, sondern geradezu [dafür] belohnt“ (UN, Nr. 189) worden wären.

UN, EU

Sonderbeauftragter des VNGS für die DRC ist Wilhelm Lacy Swing Die Vereinten Nationen beteiligen sich an der Konfliktlösung in der DRC seit der Unterzeichnung des Lusaka-Abkommens 1999 auch mit Truppen. Zurzeit ist die Stärke mit 10.800 Mann festgelegt. Dies bedeutet eine Erhöhung gegenüber dem Vorjahr von fast 5.000 Mann. Weiters wurde das Mandat auf Chapter VII der VN-Charta ausgedehnt. Die Kosten für die Operation belaufen sich auf mehr als 600 Millionen US-Dollar jährlich. Trotz zahlreicher Rückschläge und Verlusten (bis dato über 30 Tote) ist MONUC (United Nations Organisation Mission in the Democratic Republic of the Congo) der einzige Garant für eine Entwaffnung von Rebellen und die Gewährleistung von Schutz für unzählige NGOs. Allerdings agieren MONUC bzw. die eingesetzten Truppen nicht immer glücklich und haben daher viel von ihrer Reputation verloren. Es kommt immer wieder zu Anschuldigungen, dass Soldaten in verbrecherische Tätigkeiten verwickelt sein sollen.

Die EU hat zwar wirtschaftliche Beziehungen mit Zentralafrika, mit Aldo Ajello auch einen Sonderbeauftragten für die Region der Grossen Seen, aber sonst bis dato noch keinerlei tieferes Interesse an der Region gehabt. Nicht zu vergessen ist allerdings, dass die EU aufgrund der ihrer Mitglieder Frankreich und Belgien sowie dem Vereinigten Königreich, wichtige ehemalige Kolonialmächte in ihrer Mitte hat, die noch immer intensive Beziehungen zu den ehemaligen Kolonien pflegen. Die Operation Artemis hat sich aus eben diesen Gründen entwickelt. Zwar wurde vorerst nur Frankreich angesprochen, dieses hat jedoch, gewiss aus höheren

politischen Gründen, die EU in die Verantwortung geholt. Somit war allem Seiten geholfen: Die EU konnte sich einen erfolgreichen ESVP-Einsatz ohne Rückgriffe auf NATO-Ressourcen auf die Fahnen heften, die ehemaligen Kolonialmächte konnten ihren Einfluss in Afrika wieder einmal beweisen und den UN war auch geholfen. Aus diesen Gründen scheinen eine Vertiefung der Beziehungen zu afrikanischen Staaten (siehe auch Verträge von Cotonou und Lome) und vermutlich auch weitere Einsätze von EU-Soldaten in Afrika aus heutiger Sicht durchaus im Bereich des Möglichen.

Transnationale Unternehmen

„...the role of private companies and individuals has also been vital.” (UN 2001, Nr. 181)

Hier sind zum einen Transport-, Im- und Exportfirmen, aber auch die für die Finanzabwicklung zuständigen Banken zu nennen.

Im UN-Bericht sind namentlich u.a. europäische Firmen wie Sabena Cargo im Zusammenhang mit der Durchführung (wenn auch legaler) Coltan-Transporte, die Bayer Tochter H.C. Starck, Cogecom und Sogem als Kunden und Abnehmer von Rohstoffen aus der DRC oder im Zusammenhang mit entsprechenden Finanztransaktionen die Banque Bruxelles Lambert, aber auch amerikanische Firmen wie die Citibank New York erwähnt, die mit kongolesischen und ugandischen Banken zusammen arbeiten (vgl. UN 2001, Nr. 30, 76, 92, 182ff).

Transporte werden aber auch durch eine Reihe neu gegründeter Transportfirmen (Air Alexander, Air Navette oder Uganda Air Cargo) durchgeführt, die frühere Firmen vom Markt verdrängt haben. Gemeinsam ist allen die Nutzung ehemals sowjetischer Flugzeuge aus den Altbeständen der Armee. Die Firmeninhaber sind ausnahmslos politischen bzw. militärischen Kreisen zuzuordnen, Besitzer der Flugzeuge hingegen sind beispielsweise Waffenhändler (vgl. UN 2001, Nr. 72 ff.).

Die Wirtschaft kann ohne handelnde Einzelpersonen nicht gedacht werden. Viele einflussreiche Personen – oft kriminelle Akteure – spielen eine Schlüsselrolle im Konflikt, indem sie militärische Funktionäre und gleichzeitig Anteilseigner oder gar Besitzer von Firmen sind, die an der Ausbeutung von Rohstoffen beteiligt sind.

Vielfach sind diese Personen auch in die weiteren Kreise einer der Präsidenten der beteiligten Staaten einzuordnen oder von Uganda oder Ruanda als sogenannte „Brückenköpfe“, die u.a. Handel und Abgaben kontrollieren eingesetzt. Auch Waffenhandel und Schmuggelaktivitäten werden meist von Einzelpersonen organisiert (vgl. UN 2001, Nr. 31, ...). Es handelt sich hierbei sowohl um Zivilpersonen als auch um Militärs.

6- Ökonomische Dimension des Konfliktes

6.1 Geographische Lage, Bodenschätze und Infrastruktur

Ituri, „... a region that measures some 250 km length and breadth, with rugged terrain; thick bush and forest that severely limits ground and air-to-ground-visibility; few usable roads that become even more difficult in the rainy season; and an insecure and deeply suspicious population of some 4.2 million...“ (Heitman 2003, 19). Der Ituri-Distrikt gehört zum 2,3 Mio km² umfassenden Staatsgebiet der Demokratischen Republik Kongo und ist „...eines der reichsten Gebiete des Kongo mit Gold-, Diamanten-, Coltan-, Nutzholz- und Ölvorkommen.“ (HRW). Die Region Ituri ist in fünf Territorien (Aru, Djugu, Irumu, Mahagi, Mambasa) unterteilt, die von ca. 15 verschiedenen Ethnien bevölkert werden.

6.2 Strategische Bedeutung der Bodenschätze im Zusammenhang mit den Konflikten

Die Bodenschätze sind einerseits mitursächlich für die Entstehung, andererseits aber auch ein wesentlicher Grund für die Kontinuität des Ituri-Konfliktes.

Der Bodenschatz-Reichtum der Region war den Nachbarstaaten spätestens seit dem ersten Kongo-Krieg bekannt. Die Bereicherung am Handel mit diesen Ressourcen musste als verlockende Perspektive erscheinen, verlangte jedoch nach politischer bzw. militärischer Kontrolle des Gebietes.

Aus dem UN-Bericht geht hervor, dass durchaus sicherheitspolitische Gründe den Ausschlag für ein Eingreifen in der Region Ituri gegeben haben könnten, jedoch

einiges darauf schließen lässt, dass zumindest Teile der militärischen Elite Ugandas damit „ökonomische und finanzielle Ziele“ verfolgten (vgl. UN 2001, Nr. 28, 180).

Tatsächlich wurde im folgenden die Ausbeutung der Ressourcen in der Region Teil der Gewaltspirale, indem sie steigende wirtschaftliche Einnahmen und damit die Ausstattung der eigenen Truppen und der Allianzen in der Region erlaubte. Die Präsenz in der Region und damit auch die weitere Ausbeutung der Rohstoffe waren gesichert. Eine Beilegung des Konfliktes wäre für keinen der am Gewinn Beteiligten wünschenswert – die Kontinuität also zwangsläufig.

6.3 Ressourcen und Akteure

Für die These, dass ein erhöhtes Exportaufkommen im Kongo oder in den Nachbarstaaten (und damit die Lukrativität für Akteure) nachweisbar sein müsse, wenn die Bodenschätze von strategischer Bedeutung für Dauer und Intensität des Konfliktes seien, sprechen folgende Argumente:

- Die DRC gehört trotz seines Reichtums an Bodenschätzen mit einem BSP von 80 US-\$ je Einwohner (2001) zu den zehn ärmsten Staaten der Welt (s. Tab. 1), Tendenz sinkend.
- Demgegenüber nimmt die DRC mit einer Fördermenge von 19.610 Mio. Karat Diamanten Rang vier in der weltweiten Diamantenproduktion ein.
- In Uganda hingegen sind keine Diamantenproduktionen bekannt. Dennoch sind die Diamantenexporte aus Uganda seit der Besetzung Ituris durch ugandische Truppen von 1.511,34 Karat im Jahr 1997 auf 11.303, 86 Karat im Jahr 1998 sprunghaft angestiegen. Ähnliches gilt für Gold-Exporte aus Uganda, die zwischen 1997 und 1999 nahezu eine Verdopplung aufweisen (vgl. WTO; UN 2003: Addendum to UN-Panel report, 18ff; HRW 2003: chapt. III, External Actors. Economic Gain).
- Ähnliches gilt, wenn auch in geringerem Maße, für Ruanda.

Vlassenroet/Raeymaekers sprechen in diesem Zusammenhang von einer Neuorganisation des lokalen Wirtschaftsraumes aufgrund der Instrumentalisierung des Konfliktes durch seine Profiteure; als Ursache wird die „...Kombination von

ethnisiertem politischen Rahmen und groÙteils militarisierter grenzüberschreitender Ökonomie...“ (Vlassenroet/ Raeymaekers 2003, 3), wie bereits oben beschrieben, gesehen.

6.4 Kriminelle Aktionsfelder

Wenn die DRC trotz ihres Reichtums an Bodenschätzen und der entsprechenden Förderung zu den zehn ärmsten Staaten der Welt zählt, dann muss es kriminelle Akteure geben, die vom Ressourcenexport profitieren.

Dass die Nachbarstaaten durch Re-Exporte profitieren, kann anhand der vorliegenden Statistiken bewiesen werden. Wer diese Re-Exporte wie organisiert und ebenfalls davon profitiert, ist aus den Statistiken nicht ersichtlich. Allerdings wurde dies von einem UN-Expertenteam untersucht und im „UN-Panel-Report on the Illegal Exploitation of Natural Resources and Other Forms of Wealth in the Democratic Republic of the Congo“ des Generalsekretariats der UN aus dem Jahre 2001 ausführlich beschrieben.

Überwiegend spielen hier der übermäßige Abbau von Tropenhölzern bei Verstoß gegen internationale Bestandsschutz-Übereinkommen, der Handel mit nicht-zertifizierten Tropenhölzern, die Manipulation des Staates im Rahmen der entsprechenden Gesetzgebung durch die Wirtschaft, teilweise internationale Konzerne, afrikanische Staaten als problemlose Transitländer und die Abnahme der Tropenhölzer durch westliche Konzerne trotz fehlender Zertifizierung eine Rolle.

Auch die Ausbeutung der vorhandenen Rohstoffe, insbesondere Gold, Diamanten und Colombo-Tantalit (Coltan), für die Herstellung von Halbleitern in Computern und Mobiltelefonen genutzt und daher mit steigendem Wert auf dem Weltmarkt gehandelt, ist bei näherer Betrachtung der Umstände als organisierte Kriminalität zu bewerten.

Einhergehend mit diesen Haupteinnahmequellen der beteiligten Akteure ist zudem die Dezimierung der Wildbestände, die generelle Monopolisierung und Preisbestimmung in der Region und der „Handel“ mit Sicherheit und Schutz zu nennen (vgl. UN, Nr. 46.-70.).

Innerhalb dieser, miteinander verknüpften kriminellen Aktionsfelder treffen sich die zahlreichen Akteure, deren Organisationsgrad nicht unterschätzt werden sollte.

Dies wird beispielsweise am Fall des im UN-Bericht genannten Konzerns „Rwandan Metals“ deutlich. Hier sind Militär (als Anteilseigner), Bürokratie bzw. Staat und Wirtschaft über Handelsbeziehungen, Profite, Steuern bzw. Schutzgelder, militärische Begleitung der Transporte und Finanztransaktionen staatlicher Banken derart verflochten, dass eine Klärung der tatsächlichen Organisationsstruktur nahezu unmöglich erscheint (vgl. UN, Nr. 129.ff).

Ein weiteres Beispiel: Vlassenroet/Raeymaekers bezeichnen Uganda als ein „aus ökonomischem Interesse intrigierendes [den Konflikt zwischen lokalen Rebellenführern verschärfendes] Element“ (S. 13), das zudem die für Sicherung des Handels durch korrupte UPDF-Offiziere Sorge trug. Tull spricht in diesem Zusammenhang von einer „Kriminalisierung“ des Staates, die „so weit vorangeschritten ist, dass die Grenzen zwischen Machenschaften von privaten und staatlichen Akteuren bis zur Unkenntlichkeit verschwommen sind“ (Tull 2003a, 8).

Grundsätzlich kann jedoch gesagt werden, dass es kaum kriminelle Akteure gibt, die sich von staatlichen, wirtschaftlichen und/oder gesellschaftlichen Akteuren unterscheiden. Vielmehr sind es staatliche und nicht-staatliche Akteure - und damit Profiteure - aus Politik, Militär, Wirtschaft und Gesellschaft, Schaltstellen der Interdependenzen zwischen den politischen Sphären, da vielfach in mehreren gleichzeitig vertreten, die kriminell agieren und damit die kriminellen Aktionsfelder im Rahmen dieses Konfliktes definieren.

7. Ethnische Dimension des Konfliktes

Fraglich ist, ob angesichts der beschriebenen Vielfalt an Akteuren, Akteursebenen und Aktionsfelder eigentlich vordergründige Akteure im Konflikt erkennbar sind und demnach von einer Politisierung und Instrumentalisierung des ethnischen Konfliktes durch die eigentlichen Protagonisten auszugehen ist.

Wie oben bereits beschrieben, sind vor allem zwei wichtige lokale Volksgruppen am Konflikt in der Region direkt beteiligt: Hema und Lendu. Die Lendu ernähren sich traditionell vom Ackerbau und gelten als sesshaft, während die Hema hingegen als viehzüchtendes Nomadenvolk bekannt sind.

Aufgrund der bevorzugten Behandlung der nilotischen Hema während der belgischen Kolonialmacht (gleiches war auch in Burundi und Ruanda zu beobachten) und der Übernahme dieser politischen Muster durch Mobutu entstand ein Ungleichgewicht der Besitz- aber auch der Machtverteilung zwischen den Ethnien, die Widerstand, insbesondere durch die Lendu hervorrief, die vor allem die Wiederherstellung der ursprünglichen Bodenbesitzverhältnisse und den Zugang zu politischen Ämtern forderten. Die Instrumentalisierung der Verwandtschaft zu den ruandischen Tutsi und Hutu erfolgte erst im Zuge des letzten Jahrzehnts.

Nach dem Sturz Mobutus nutzten die Hema ihre Macht, ihren Landbesitz auszuweiten (Vlassenroot/Raeymaekers 2003, 3-7). Die angespannte Situation in der Region wurde insbesondere durch den angrenzenden Staat Uganda genutzt, um zu einem bedeutenden Akteur in der Region zu werden (Vlassenroot/Raeymaekers 2003, 3-7; vgl. auch UN 2001, Nr. 180), wobei die politischen Motive nach und nach von ökonomischen Interessen überlagert wurden (vgl. Tull 2003a, 8). Dennoch sind nach wie vor Hema und Lendu Ziel und ausführende Organe der Gewalt in der Region.

Oberflächlich betrachtet erscheint die Klassifizierung der Ethnien als Ursache der Konfliktlinien und Hauptakteure des Konfliktes damit gerechtfertigt. Tatsächlich aber ist diese Bewertung aufgrund der Analyse des Konfliktes und der Charakterisierung der beteiligten Akteure zu revidieren. „Ethnically targeted violence in Ituri“ lautet der Untertitel des entsprechenden Human Rights Watch-Berichtes und beschreibt damit die eigentliche Rolle der Ethnien im Rahmen des Konfliktes. Historische ethnische Konflikte zwischen Hema und Lendu können zwar durchaus als Wurzel des aktuellen Konfliktes in der Ituri-Provinz bezeichnet werden; allerdings ist die Vermutung nicht unberechtigt, dass der Konflikt ohne das nachweislich konfliktverschärfende Agieren Ugandas und Ruandas (vgl. HRW: chapt. III) nie die bekannten Ausmaße angenommen hätte, nicht zuletzt

deshalb, da Hema und Lendu durchaus nicht zu den mehrheitsbildenden Volksgruppen in Ituri (Andere Ethnien und Stämme in der Provinz sind z.B. die Alur, Ngiti, Bira, Lugbara, Kakwa und Mugoqwe) zu rechnen sind, sondern vielmehr alle übrigen dort ansässigen Volksgruppen sich aufgrund der augenscheinlichen Macht der militärisch präsenten Unterstützer zu Allianzen gezwungen sahen (vgl. HRW: ebd.). Hauptprofiteure und die eigentlichen Protagonisten im Ituri-Konflikt sind andere; jene, die den ethnischen Konflikt schüren und damit instrumentalisieren, um das Vakuum des fehlenden staatlichen Gewaltmonopols in Ituri weiterhin aufrecht zu erhalten und für den Ausbau ihrer Netzwerke und die ungestörte Ausbeutung der Region zu nutzen.

8. Zusammenfassende Analyse des Konfliktes in Bezug auf die Phänomenologie der neuen Kriege, des Staatszerfalls und der Parastaatlichkeit

Der Krieg in Ituri wird auf drei Ebenen geführt, wobei es offizielle und inoffizielle Fronten gibt. Im Zusammenhang mit der offiziellen Front zwischen den staatlichen Armeen kann als klassische Kriegführung bezeichnet werden, die inoffiziellen Fronten sind in die Klasse der low-intensity-conflicts einzuordnen (vgl. UN 2001, 173 ff). Allerdings sind die Auseinandersetzungen zwischen regulären staatlichen Streitkräften wie denen Ugandas und Ruandas schon der Geschichte zuzuordnen. Da der kongolesische Staat seit 1999 über keine Streitkräfte verfügt, war er ab diesem Zeitpunkt nur über Stellvertretertruppen am Konflikt beteiligt und hat dadurch seine staatlichen Aufgaben nicht wahrnehmen können.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass ein lokaler ethnischer Konflikt in Bezug auf Besitz- und Machtverhältnisse, einerseits aufgrund eines bereits geschwächten Staates und dessen Unfähigkeit, auf die Konflikte zu reagieren, aber auch aufgrund der geographischen Besonderheiten der Region, die eine Kontrolle nahezu unmöglich macht, für eine Erosion des staatlichen Gewaltmonopols sorgte und immer noch sorgt.

Profitorientierte Akteure nutzten die Entstehung rechtsfreier Räume, um diese ihrerseits zu füllen. Sie sorgten für eine Übernahme staatlicher Aufgaben durch ihre Verbündeten, gründeten parastaatliche Milizen und private Firmennetzwerke, um einerseits die Region und ihre Bewohner, andererseits den lokalen Wirtschaftsraum zu kontrollieren, wobei Menschen-, Waffen- und Drogenhandel der Finanzierung ihrer Aktivitäten dienten.

Den neuen Einfluss nutzten sie, um den Konflikt weiter zu forcieren, damit endgültig eine erneute Übernahme des Gewaltmonopols durch den Staat zu verhindern und weiterhin ungestört ihren kriminellen Aktivitäten nachgehen zu können. Da trotz der beschriebenen Interessenlage die Ethnien weiterhin als vordergründige Akteure des Konfliktes erscheinen, kann von einer Politisierung bzw. Instrumentalisierung des Konfliktes durch die eigentlichen Protagonisten ausgegangen werden.

Die DRC zählt trotz ihres Reichtums an Bodenschätzen und der entsprechenden Förderung zu den zehn ärmsten Staaten der Welt. Da dennoch ein erhöhtes Exportaufkommen im Kongo, insbesondere aber in den Nachbarstaaten nachweisbar ist, kann gesagt werden, dass die vorhandenen Bodenschätze in der Region Ituri von strategischer Bedeutung für Dauer und Intensität des Konfliktes erscheinen. Die Lukrativität des Konfliktes für die maßgeblichen Akteure, die in direktem Zusammenhang mit Förderung und Export der Bodenschätze steht, ist nachweisbar.

Vlassenroet/Raeymakers sprechen in diesem Zusammenhang von einer Neuorganisation des lokalen Wirtschaftsraumes. Die ehemals staatlich kontrollierte Ökonomie wurde zur Schattenwirtschaft, die zunehmend von kriminellen Akteursnetzwerken kontrolliert und damit zur kriminellen Ökonomie wurde; d.h. auch scheinbar legale Geschäfte, wie der Handel mit Bodenschätzen oder anderen Gütern können als organisierte Kriminalität klassifiziert werden. Da es sich hier um Straftaten handelt, in deren Zusammenhang gewerbliche oder geschäftsähnliche Strukturen, vielfach auch legaler Art verwendet werden, ist das Erkennen als organisierte Kriminalität erheblich erschwert.

Die Verflechtung der illegalen und der legalen Ökonomie wird somit verstärkt, die Unterscheidung nahezu unmöglich.

Hinzu kommt die Einflussnahme auf Politik, Medien, öffentliche Verwaltung, Justiz und Wirtschaft. Mittels Korruption und Schaffung von Verbindlichkeiten wird soziale Integration angestrebt. Auf Basis gleichgerichteter Interessenslagen entstehen so kriminelle Netzwerke staatlicher und parastaatlicher Akteure und greifen aufgrund ihrer nicht unmittelbar als kriminell erkennbaren Aktivitäten auch auf nicht-kriminelle Akteure über; auch hier entstehen Verbindlichkeiten aufgrund von Abwicklungen vermeintlich legaler Geschäfte oder der unbedachten Unterstützung mittels Entwicklungsgeldern.

Das Gewaltmonopol des Staates wird durch durch parastaatliche, großteils kriminelle Strukturen de facto ersetzt. Hinzu kommt, dass letztlich die Vermögensakkumulation der Akteure dazu führt, dass die Ressourcen für die Kriegsführung nicht ausgehen.

„Der Konflikt ... hat aufgrund seines lukrativen Charakters eine 'win-win' situation für alle kriegführenden Parteien geschaffen. Gegner und Feinde sind zugleich business-partner, Gefangene aus dem Stamm der Hutu sind Minenarbeiter der RPA, Feinde erhalten Waffen von denselben Händlern und nutzen die gleichen Verbindungen.“ (UN 2001, Nr. 218; Übersetzung: KW)

Der Staatszerfall ist somit eindeutig nachzuweisen, die Phänomene der Parastaatlichkeit unübersehbar.

9. Auswirkungen des Konflikts auf den Staatenbildungsprozess in der DRC

„Den staatlichen Institutionen in Afrika fehlt es an Legitimität... . Das heißt: Es gibt gar keinen Staat im eigentlichen Sinn“ (Michalon 2003).

Auswirkungen auf den Staatenbildungsprozess bzw. die Bildung der Übergangsregierung sind durchaus zu erkennen. Trotz offiziellen Rückzugs Ugandas und Ruandas sind deren Protagonisten Jean-Paul Bemba (MLC) und Ruberwa (RCD-G) zu Vizepräsidenten ernannt worden und haben so direkt weiter Zugriff auf die politischen und wirtschaftlichen Ressourcen und finanziellen

Gebarungen der DRC. Auch hat das Vorgehen der Parteien in Ituri und die Kontrolle über die Region Kilomoto (ca. 30 km nördlich von Bunia) scheinbar Erfolg für die Rebellengruppen gebracht. Thomas Lubanga, verantwortlich für Massaker an der Bevölkerung sowie zahlreichen Überfällen, übergriffen und Angriffen auf die UN-Truppe MONUC, ist zwar zeitweilig unter Hausarrest gestellt worden, gleichzeitig aber für einen Ministerposten im Gespräch.

Die Problematik der Übergangsregierung ist in ihrer Unfähigkeit der Machtprojektion zu suchen. Ohne legitime Streit- und Sicherheitskräfte ist dies gepaart mit den Interessen der Nachbarstaaten und der Rebellengruppen eine Variante, die zu keiner positiven Lösung führen kann.

10. Offene Fragen

Folgende Fragen bleiben unbeantwortet, sind aber für den weiteren Verlauf des Konfliktes in der DRC von Interesse:

- Wann wird MONUC abziehen können? Eine nicht unwesentliche Frage in diesem Zusammenhang wird die Aufstellung der gemeinsamen kongolesischen Streitkräfte darstellen. Diese sollen dann auch die Aufgaben von MONUC übernehmen und vor allem aus allen Volksgruppen bestehen. Ein Abzug von MONUC ist jedenfalls nicht kurzfristig zu erwarten, auch wenn dies von Joseph Kabila bereits gefordert wurde (Vgl. BBC vom 13. März 2004).
- Wann werden zivilen Strukturen in allen Landesteilen geschaffen sein? Diese Frage lässt sich ebenfalls nicht beantworten. Zivile Strukturen, Verwaltung und vor allem Exekutive sind die Hauptmankos mit denen die Regierung zu kämpfen hat. Ohne Rechtssprechung und Polizei bzw. offizielle Steuereinnahmen kann der Staat nicht funktionieren und lädt weiterhin verbrecherische Strukturen zur Selbstbedienung bzw. zur Übernahme von pseudo-staatlichen Tätigkeiten ein.
- Wird das internationale Interesse aufrecht bleiben? Aufgrund der Entwicklungen in der Vergangenheit und den mannigfaltigen anderen

Konflikten weltweit, als auch in Afrika scheint eine Fokussierung auf die DRC durch die internationale Gemeinschaft nicht dauernd gegeben. Dazu gibt es zu viele Regionen, die, vor allem aus ökonomischen Gründen, mehr im Mittelpunkt des Weltinteresses stehen (Irak). Scheinbar lässt sich eine Parallele zu Armut und Konflikt ziehen. In den sechs ärmsten Staaten der Welt (vgl. Tabelle 1) sind auch UN-Einsätze zur Friedenssicherung im Gange.

- Wird eine umfassende Eingliederung der Rebellen in die Streitkräfte stattfinden? Dies wäre zwar sehr wünschenswert, ist zur Zeit jedoch noch nicht durchführbar. Während in Kisangani die erste Brigade der neuen gesamtkongolesischen Streitkräfte (FAC) durch belgische Soldaten ausgebildet wird (vgl. BBC News Africa vom 8. Dezember 2003), scheint deren Einsatz in Ituri bereits jetzt von Problemen überschattet zu sein. Der Glaube der Bevölkerung in die FAC hängt sehr von ethnischer Zugehörigkeit ab. Gerade im Osten des Landes wird diese Hürde schwer zu überwinden sein. Auch wird der parallele Einsatz einer internationalen Friedenstruppe und der FAC sicher nicht friktionsfrei erfolgen. Weiters besteht auch noch die Gefahr der Desertion von einzelnen Soldaten bzw. sogar von ganzen Einheiten, da diese ethnisch nicht gemischt sind.

11. Ausblick

Der Erfolg des Friedensprozesses in der DRC hängt maßgeblich von der Beilegung der Konflikte in Ituri und den Kivu-Provinzen ab. Die scheinbar einzige erkennbare Chance ist das weitere Engagement der Internationalen Gemeinschaft sowohl auf politischer als auch militärischer Ebene und dem Willen erteilte Mandate des UN-Sicherheitsrates auch zu implementieren. Zwischenfälle wie lokale Massaker (wie im Mai 2004 in Bukavu) können leicht den gesamtstaatlichen Prozess stören und empfindliche Rückschläge verursachen. Trotz der internationalen Beteiligung ist Ituri heute noch weit von Frieden entfernt. Die

Nachbarstaaten spielen noch immer eine signifikante Rolle bei der Bewaffnung von lokalen Milizen bzw. bei der illegalen Förderung von Ressourcen.

Zurzeit gibt es eine Übergangsregierung unter Joseph Kabila mit vier Vizepräsidenten, darunter auch die Kommandanten der führenden Rebellenorganisationen MLC und RCD-G. Die ersten Einheiten von gemeinsamen Streitkräften befinden sich in Aufstellung und der innerkongolesische Dialog ist wirklich angelaufen. Trotz zahlreicher positiver Zeichen ist allerdings keinesfalls von einem Ende des Konfliktes zu sprechen. Noch immer haben zahlreiche staatliche und nicht-staatliche Akteure Interesse sich in der DRC an Bodenschätzen zu bereichern bzw. ihre Macht auszubauen, um in Verhandlungen bessere Chancen auf lukrative Posten zu erhalten. Der Schlüssel zu einem umfassenden Frieden ist allerdings eine umfassende Verbesserung der Sicherheitslage im Osten des Landes, wobei dies nur über den Erfolg des DDRRR-Plans und somit über die VN erreichbar scheint.

Unbestritten scheint jedoch, dass vor allem im Osten des Landes weiterhin der ethnische und sicherheitsbegründete Konflikt dem ökonomischen vorgeschoben wird.

I. Abkürzungsverzeichnis

AFDL	Alliances des forces démocratiques pour la libération du Congo-Zaire
DRC	Democratic Republic of Congo
FAC	Forces Armes du Congo
FAZ	Armed Forces of Zaire
FIPI	Front pour l'intégrité de la province de l' Ituri – Front for Ituri Province Integrity
FNI	Forces nationalistes et integrationnistes – Nationalist and Integrationist Forces
FPRI	Front révolutionnaire pour l'Ituri – Revolutionary Front for Ituri
IEMF	Interim Multinational Emergency Force
MLC	Mouvement pour la liberation du Congo - Movement for the Liberation of Congo
MONUC	United Nations Organisation Mission in the Democratic Republic of the Congo
PRA	People's Redemption Army
PUSIC	Parti pour l'unité et la sauvegarde de l'intégrité du Congo – Party for the Unity and safeguarding of Congolese Unity
RCD	Rassemblement Congolais pour la démocratie (
RCD-ML	Congolese Rally for Democracy – Liberation Movement
RCD-N	Congolese Rally for Democracy – National
RPA	Rwandan Patriotic Army
SADC	Southern Africa Development Community
UPC	Union des Patriotes Congolais
UPDF	Ugandan People's Defence Forces

II. Karten

a) Region der Grossen Seen



b) Provinz Ituri



III. Tabellen

Tab. 1*

Die zehn ärmsten Staaten			
Bruttonettoprodukt je Einwohner in US-\$ (nach Weltbank, ohne Kleinststaaten)			
	2001	2000	<i>reale Veränderung 2000/2001</i>
Tadschikistan	180	180	± 0,0 %
Niger	180	180	± 0,0 %
Malawi	160	170	- 5,9 %
Guinea-Bissau	160	180	- 11,1 %
Eritrea	160	170	- 5,9 %
Sierra Leone	140	130	+ 7,7 %
Liberia	140	k. Ang.	-
Burundi	100	110	- 9,1 %
Äthiopien	100	100	± 0,0 %
Dem. Rep. Kongo	80	100	- 20,0 %

Tab. 2*

Diamanten (ohne synthetische Diamanten)			
Gewinnung in Mio. Karat			
	2001	2000	1990
Australien*	26,480	19,832	24,000
Botswana	26,337	21,348	7,352
Russland	20,500	15,800	13,400
Dem. Rep. Kongo*	19,610	16,500	18,000
Südafrika*	11,167	10,805	8,694
Angola	4,500	4,006	1,250
Namibia	1,430	1,552	0,748
Ghana*	0,700	0,687	0,515
Brasilien	0,700	0,650	0,300
Zentralafrikan. Rep.	0,614	0,450	0,400
Guinea	0,400	0,369	0,380

Weltproduktion 2001 (2000) 68,803 (55,789) Mio. Karat Industrie- und 65,308 (53,278) Mio. Karat Schmuckdiamanten.
* überwiegend Industriediamanten

*(Fischer Weltalmanach, 2004)

IV. Bibliographie

Bücher

- Bratton, Michael/Van de Walle, Nicolas: Democratic Experiments in Africa. Cambridge, 1997
- Clark, John F. (Ed.): The African Stakes of the Congo War. Fountain Publishers, Kampala (Uganda) 2003
- Hochschild, Adam (1998): Schatten über dem Kongo, Die Geschichte eines fast vergessenen Menschheitsverbrechens, Rowohlt, Hamburg, 2002.
- Nohlen, Dieter (Hg.): Handbuch der Dritten Welt, Band 4 und 5. Hamburg, 2002
- Scholl-Latour, Peter (1986): Mord am großen Fluss. 25 Jahre afrikanische Unabhängigkeit. Bertelsmann, München, 1997.
- Scholl-Latour, Peter (2001): Afrikanische Totenklage, Der Ausverkauf des Schwarzen Kontinents. Goldmann, München, 2003.
- Tull, Denis M.: Die Hintergründe des Kongo-Konfliktes. Genese und Verlauf eines kontinentalen Krieges, S. 783-797. In: Erich Reiter (Hrsg.): Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik 2003. Hamburg, 2003.

Research / Working Papers

- Congo Crisis: Military intervention in Ituri, International Crisis Group Africa Report N°64; 13 June 2003.
- Fearon, James: Why do some civil wars last so much longer than others? Working Paper, Stanford University, Mai 2003.
- HRW (Human Rights Watch) (Hrsg.): Ituri. Covered in Blood. Ethnically Targeted Violence in Northeastern DR Congo. Washington, Juli 2003.

- Institute for Security Studies: Tension in Ituri: An update on the DRC. Situation Report. South Africa, April 2003.
- UN Secretary General (1): UN-Panel-Report on the Illegal Exploitation of Natural Resources and Other Forms of Wealth in the Democratic Republic of the Congo. 2001
- UN Secretary General (2): UN-Report on the Illegal Exploitation of Natural Resources and Other Forms of Wealth of the Democratic Republic of the Congo; S/2002/1246.
- Vlassenroot, Koen/Raeymaekers, Tim: The Formation of New Political Complexes: Dynamics of Conflict in Ituri. Democratic Republic of Congo. Occasional Paper. University of Copenhagen, Centre of African Studies, Oktober 2003.

Zeitschriften

- de Figureido, Antonio: Congo will rise again.
In: New African, April 2003; S. 22-23
- Michalon, Thierry: Sieben Säulen für Afrika
In: Le Monde Diplomatique, Oktober 2003
- Museveni, Yoweri: Why Africa is lagging behind.
In: New African, November 2003, S. 12-16.
- Paes, Wolf-Christian: Warlords und Waffenhändler – Die politische Ökonomie des Kongokrieges.
In: afrika süd, 1/2001; S. 16-18
- Tull, Denis M.: Was die Hydra füttert. Friedensbemühungen im Kongo und ihre Aussichten auf Erfolg.
In: Der Überblick, 3/2003; S. 6-10.

Internet

- Bericht von HRW zur Lage in Ituri,
<http://www.hrw.org/campaigns/congo/ituri/ituri.htm>
- Congo: UN Should Deploy a Rapid Reaction Force in Ituri;
129.194.252.80/catfiles/2704.pdf.
- DR Congo militias fight for control, BBC NEWS, 2003/06/07,
<http://news.bbc.co.uk/go/pr/fr/-/1/hi/world/africa/2971076.stm>.
- DR Congo peacekeepers can leave, BBC NEWS, 2004/02/09,
<http://news.bbc.co.uk/go/pr/fr/-/1/hi/world/africa/3472063.stm>.
- DR Congo's ethnic flashpoint, BBC NEWS, 2003/05/13,
<http://news.bbc.co.uk/go/pr/fr/-/1/hi/world/africa/3025031.stm>.
- Emergency in Ituri, DRC: Political Complexity, Land and Other;
www.fao.org/es/ESA/tiv_fs/pdf/pottier.pdf.
- French impose DR Congo gun ban, BBC NEWS, 2003/06/25,
<http://news.bbc.co.uk/go/pr/fr/-/1/hi/world/africa/3018382.stm>.
- How can the international community protect civilians in Ituri district and the rest of the Democratic Republic of Congo? www.odi.org.uk/hpg/events/ituri.pdf.
- How many more have to die?
[web.amnesty.org/aidoc/aidoc_pdf.nsf/Index/AFR620302003ENGLISH/\\$File/AFR6203003.pdf](http://web.amnesty.org/aidoc/aidoc_pdf.nsf/Index/AFR620302003ENGLISH/$File/AFR6203003.pdf).
- Ituri : Unkept Promises ? A Pretense of Protection and Inadequate;
www.reliefweb.int/library/documents/2003/msf-drc-25jul.pdf.
- Ituri: "Covered in Blood" Ethnically Targeted Violence In Northeastern DR Congo; www.reliefweb.int/library/documents/2003/hrw-cod-08jul.pdf.
- Perspective de paix en Ituri, Aperçu general ;
www.paxchristi.net/PDF/AF36F03.pdf.

- Sorge über die Kampfhandlungen und die Greuelthaten in Ituri;
www.un.org/Depts/german/sr/sr_03/sr1484.pdf.
- Top Ugandan Army officer sacked, BBC NEWS, 2003/06/06,
<http://news.bbc.co.uk/go/pr/fr/-/1/hi/world/africa/2970426.stm>.
- UN Security Council, Resolution 1484 ;
ue.eu.int/pesd/congo/docs/UNresolution1484.pdf.
- UN 'should' act on Congo plunder, BBC NEWS, 2003/10/28,
<http://news.bbc.co.uk/go/pr/fr/-/1/hi/world/africa/3218149.stm>.